



c/o Postfach 108110, 23530 Lübeck

Innenministerium
z.H. Herrn Breitner
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

Es schreibt Ihnen
Jörn Lemke
Presse@npd-sh.de

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Datum

Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein

Sehr geehrter Herr Breitner,

als Innenminister sind Sie u.a. auch Verantwortlich für das so genannte „*Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein*“. Gegenüber den Medien lobten Sie dieses Netzwerk in höchsten Tönen. Klar, wenn es um den Kampf gegen Rechts geht, kann man natürlich mit lobenden Worten in der Öffentlichkeit punkten. Das Land Schleswig-Holstein fördert dieses fragwürdige Projekt mit jährlich 300.000 Euro und auch vom Bund kommen erhebliche Fördergelder. Immerhin stellt die Bundesregierung dafür deutschlandweit jährlich 24 Millionen Euro zur Verfügung. Laut Leitbild berät das so genannte „*Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein*“ landesweit alle Menschen und Institutionen, die sich aufgrund von rechtsextremen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Handlungen verunsichert, beeinträchtigt oder bedroht fühlen oder die Verantwortung spüren, handeln zu müssen. Dabei orientiert es sich am Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. So kann man es zumindest auf der Netzseite nachlesen (<http://www.beranet-sh.de/leitbild/>).

Warum hier einseitig nur der Rechtsextremismus als drohende Gefahr dargestellt wird, dürfte dem objektiven Betrachter, gerade mit Blick auf die linken Gewalttaten der vergangenen 2 Jahre in Schleswig-Holstein und den aktuellen Ereignisse in unserem Nachbarland Hamburg, nur schwer zu vermitteln sein. Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung scheint für viele selbsternannte Antifaschisten längst zum legitimen Mittel geworden zu sein. Sicherlich dürfte dem Innenministerium, bekannt sein, daß ganz aktuell das Landeskriminalamt gegen Linksextremisten ermittelt, die in der Adventszeit einen so genannten „antifaschistischen Adventskalender“ erstellten und damit 24 Personen, die für vermeintliche Rechtsextremisten gehalten werden, bedrohten und mit Foto und Wohnanschrift öffentlich an den Pranger stellten. Was solche Internetveröffentlichungen für den weiteren persönlichen und privaten Lebensweg bedeuten können, dürfte klar sein. Nicht die einzige linke Kampagne im vergangenen Jahr. Unter dem Motto „*DIY – In die antifaschistische Offensive gehen*“ wurden im Frühjahr des vergangenen Jahres nicht nur Kandidaten der NPD mit Adresse und Foto geoutet, sondern auch Sachbeschädigungen und Brandstiftungen verübt. (<http://diynow.noblogs.org/>) und mit der Kampagne „*An die Substanz*“ sollen rechte Infrastrukturen



NPD Schleswig-Holstein
Postfach 3524
24034 Kiel



ePost presse@npd-sh.de
www npd-sh.de



Bankverbindung:
Sparkasse Lübeck
BLZ: 230 501 01
Konto: 550 32 89



aufgedeckt und angegriffen werden. Auch hierbei kam es wiederholt zu Straftaten.
(<http://andiesubstanz.noblogs.org/>)

Doch nun zum eigentlichen Anliegen meines Offenen Briefes. Im November des vergangenen Jahres sollte es zu einem Übergriff von verummten und mit Knüppel, Baseballschlägern und Pfefferspray bewaffneten Antifaschisten auf eine Gruppe von Nationalisten kommen, die sich in Neumünster trafen, um am Volkstrauertag den gefallenen deutschen Soldaten zu gedenken. Nur einer deutlichen Überzahl an Nationalisten war es zu verdanken, daß die Situation nicht eskalierte. Die verummte und bewaffnete Gruppe griff einige Teilnehmer mit Pfefferspray an und flüchtete unbemerkt. Die leider zu spät heraneilende Polizei konnte lediglich noch Anzeigen aufnehmen und unsere Teilnehmer nach Waffen durchsuchen. Es wurden keine Waffen gefunden, die für einen möglichen Angriff hätten genutzt werden können. Spätere Vernehmungen einiger Opfer haben ergeben, daß ausschließlich gegen die militanten Antifaschisten ermittelt wird. Es gibt nicht ein einziges Ermittlungsverfahren gegen Teilnehmer der geplanten nationalen Gedenkveranstaltung. Diese Tatsache können Sie, Herr Breitner, sicherlich problemlos überprüfen.

Nun kann man in diesem Zusammenhang auf der Netzseite des oben genannten Beratungsnetzwerkes folgende Meldung nachlesen:

„Rechtsextreme attackieren Linke in Neumünster. Aus Anlass des diesjährigen Volkstrauertages versammelten sich ca. 25 Rechtsextreme auf einem Parkplatz in Neumünster, um ein so genanntes „Heldengedenken“ für im 2. Weltkrieg getötete Angehörige der Wehrmacht und der Waffen-SS zu feiern. Als sie fotografierende Linke bemerkten, griffen sie diese mit Steinen an. Unter den Rechtsextremen befanden sich auch Funktionäre der NPD, unter anderem der schleswig-holsteinische Pressesprecher der Partei Jörn Lemke und der gewählte Neumünsteraner Kommunalvertreter Mark Proch. (<http://www.beranet-sh.de/chronik/>)

Der Zeilen scheinen vollkommen unreflektiert von Netzseiten der militanten Antifa übernommen worden zu sein. (<https://linksunten.indymedia.org/de/node/100229>). Meine Person und den Neumünsteraner Ratsherren Mark Proch namentlich zu nennen, ist die übliche Methode der kriminellen Antifa. Doch welches Ziel verfolgt das „Beranet“ mit dieser Veröffentlichung? Ist es ein plumper Versuch die Nationaldemokraten in der Öffentlichkeit zu kriminalisieren?

Für mich ergeben sich daraus folgende Fragen:

Sind solche anonymen Hetzseiten, die regelmäßig, wie oben beschrieben, auch über Straftaten und kriminelle Aktivitäten gegen vermeintliche Rechtsextremisten berichten, eine seriöse Quelle, auf die sich ein staatlich gefordertes Netzwerk berufen sollte?

Welche Verbindungen bestehen zwischen krimineller Antifa und dem Beratungsnetzwerk?

Kann eine Landesregierung, die solche Projekte fördert überhaupt noch glaubwürdig gegen extremistische Gewalt vorgehen?

Mir ist durchaus bewußt, daß sich mit diesem Schreiben kaum inhaltlich auseinandergesetzt wird, trotzdem halte ich es für notwendig, auf die Verstrickung zwischen krimineller Antifa und staatlich geförderter Institutionen aufmerksam zu machen. Ich behalte mir daher vor, diesen Brief auf unserer Netzseite zu veröffentlichen und der Presse zugänglich zu machen.

Mit besten Grüßen

Jörn Lemke